

Fakten zur Rolle der Banken in der Eurokrise



Bankenkrise:

Umverteilung auf Kosten der Steuerzahler

Die andauernde Banken- und Finanzmarktkrise hat die Verschuldung der betroffenen Staaten deutlich in die Höhe schnellen lassen: zwei- bis dreistellige Milliardensummen mussten für Bankenrettungs- und Konjunkturpakete zur Verfügung gestellt werden. Davon haben auch jene Banken profitiert, die scheinbar weniger Verluste beim Platzen der Blase einfuhren. Zockerbanken wie die Deutsche Bank haben davon profitiert, dass Banken, denen sie windige Produkte angelehnt hatten, von den Staaten gerettet wurden. Die explodierenden Staatsschulden führen jetzt überall in Europa zu drastischen Kürzungsmaßnahmen.

Großbanken machen auch Staatsschulden noch zu Geld ...

Vergleichbares passierte in der Staatsschuldenkrise. Einige Großbanken, etwa Deutsche Bank oder Goldman-Sachs, wetteten mit CDS (Credit Default Swaps, Kreditausfallsversicherungen) auf die Verschlechterung der Bonität von Staaten, etwa Griechenlands. Damit untergraben sie die wirtschaftliche Stabilität der betroffenen Länder. Diese kommen auf dem Privatmarkt nun kaum mehr an Kredite, da sie ihre Anleihen nur zu Wucherzinsen verkauft bekommen, während sich die Gläubigerbanken mit billigen Krediten der Europäischen Zentralbank (EZB) versorgen.

... doch sind nicht bereit, dafür zu haften

Inzwischen gelten die Anleihen von Krisenstaaten als ausfallgefährdet. Eine Staatspleite würde wohl zahlreiche Banken in den Abgrund reißen, aus Angst vor einem Finanzkollaps wurde bislang auf zwangsweise Umschuldungen verzichtet. Stattdessen wanderten seit Beginn der Krise sehr viele Anleihen pleitebedrohter Staaten in den Besitz der öffentlichen Hand. Auch derzeit werden kritische Anleihen und Forderungen in mehrstelliger Milliardenhöhe von der EZB und dem Eurorettungsfonds übernommen. So hat der Steuerzahler mehr und mehr Risiken zu tragen, während sich die Banken in den Krisenverhandlungen immer wieder aus der Schlinge ziehen.

Die Branche bestimmt die Finanzmarktpolitik

Beispielsweise wurde das zweite Griechenland-Rettungspaket im Juli zwischen EU-Regierungschefs und Spitzenbankern ausgehandelt. Herausgekommen ist eine „freiwillige Gläubigerbeteiligung“, bei dem ein Umtausch in sichere Anleihen mit einem Forderungsverzicht von 21 Prozent verbunden sein soll. Ein gutes Geschäft: Die Banken selbst hatten mit Abschlägen um 50 Prozent gerechnet, hätte man Griechenland ausreichend entschulden wollen. Mit Hilfe ihrer mächtigen Interessenverbände und Netzwerke wie etwa dem Institute of International Finance (IIF) schafften es die Banken und anderen Finanzmarktakteure auch in anderen Fällen immer wieder, unangenehme Regulierungsvorhaben abzuwehren. Ihre Experten stellen einen Großteil der Mitglieder zentraler Kommissionen auf europäischer Ebene; manche Beschlüsse entsprechen wortgetreu den Vorlagen, die von Bankenverbänden oder deren Kanzleien eingebracht worden sind. Auf diese Weise konnte die Branche stets ihren Regulationsrahmen niedrig halten und ihre Profite ausweiten.

Quelle des Bankenwohlstands:

Das Investmentbanking

Denn die enormen Gewinne von Banken und weiteren Finanzmarktakteuren wurden möglich, weil in den vergangenen Jahrzehnten die Finanzmärkte massiv liberalisiert und zahlreiche Kontrollen abgebaut worden sind. Dadurch konnten viele Großbanken einen extrem profitablen Investmentbankingbereich mit zahlreichen neuen Finanzmarktprodukten entwickeln, der v.a. der Spekulation dient. Der Einstieg in den Casino-Kapitalismus hat nicht nur die Finanzmärkte enorm aufgebläht (das Handelsvolumen aller Finanzprodukte macht das Siebzigfache des Weltsozialprodukts aus), sondern auch die Geschäftspolitik der Banken umgekrempelt: sie fokussiert sich auf kurzfristige Geschäfte und auf maximale Rendite und ist ständig auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten (Privatisierungen!). Das System ist sehr intransparent und koppelt sich vom Gemeinwohl ab, ist aber extrem krisenanfällig. Sowohl die Finanzkraft als auch die Verwundbarkeit der Banken haben sich als gesellschaftlich extrem problematisch erwiesen.

Weitere Infos unter www.attac.de/bankwechsel



Zentrale Forderungen von Attac

Großbanken verkleinern, Geschäfts- und Investmentbanking trennen!

Die Debatte um die „too big to fail“ (zu groß, um scheitern zu dürfen)-Banken ist inzwischen in Versuche zur Regulierung sogenannter „systemrelevanter“ Banken eingeflossen. Bisher sind sie allerdings bei der Ausarbeitung von leicht höheren Eigenkapitalvorschriften und Insolvenzregeln stehen geblieben. Wir wissen jedoch: Wenn eine systemrelevante Bank erst einmal scheitert, sind die Folgen für das Gemeinwesen kaum beherrschbar! Nach dem Leitsatz „Keine Bank darf so groß sein, dass sie wieder Staaten erpressen darf“ (Merkel 2008) müssen als systemrelevant erkannte Großbanken dringend verkleinert und aufgeteilt werden – etwa durch eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking (so wie es in den USA bis in die 1990er Jahre üblich war). Die neuen Geschäftsbanken müssen per Satzung auf das Gemeinwohl und ihre Kernaufgaben (Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung, Finanzierung der realwirtschaftlichen Produktion) verpflichtet werden. Dies würde auch dem Verbraucherschutz nützen, denn die Banken hätten weniger Anreiz, ihren KundInnen Produkte verkaufen, von denen die Banken einseitig profitieren.

Finanzmärkte entwaffnen und schrumpfen!

Die massenhafte Spekulation, in denen auf Preis- und Kursveränderungen gewettet wird, ist gefährlich und volkswirtschaftlich überwiegend nutzlos. Daher benötigen wir schnellstmöglich eine Finanztransaktionssteuer, die insbesondere die kurzfristigen Spekulationsgeschäfte unrentabel macht. Nötig ist weiterhin der Verbot des außerbörslichen und daher kaum kontrollierbaren Handels mit Wertpapieren. Auch Leerkäufe, die eine besonders riskante Form der Spekulation darstellen, sind dauerhaft zu verbieten. Neue Finanzprodukte sollten künftig von der Bankenaufsicht wie bei einem TÜV auf ihre Gefahren hin geprüft und erst danach zugelassen werden. Insgesamt müssen die Finanzmärkte schrumpfen, so dass wieder mehr Geld für realwirtschaftliche Investitionen verwendet wird.

Schattenfinanzplätze schließen!

Die Stabilität des Finanzsystems ist gefährdet, solange Banken Geschäftsbereiche in Schattenfinanzplätze (Steuer- bzw. Regulierungs-oasen) verlagern oder solange bankähnliche Leistungen von Instituten aus-

geübt werden, die nicht der Bankenregulierung unterliegen (Schattenbanken). Schattenbanken – wie etwa außerbilanzielle Zweckgesellschaften oder Hedge-Fonds – gehören international schlicht und einfach verboten bzw. bei fehlender internationaler Einigung so weit wie möglich zurückgedrängt. Schattenfinanzplätze gehören ausgetrocknet. Weitere Forderungen zu Steueroasen im „Attac-Aktionsplan zur Schließung von Steueroasen“.

Banken stärker zur Kasse bitten, Finanztransaktionssteuer jetzt einführen!

Es ist nötig, die aufgeblähten Finanzmärkte zu schrumpfen und die Profiteure der Krise, darunter auch Fonds und Banken, angemessen an den Krisenkosten zu beteiligen. Die von der Regierung realisierte Bankenabgabe soll dies gerade nicht. Wir benötigen dringend die vorgenannte Finanztransaktionssteuer, die Attac seit seiner Gründung fordert und die inzwischen von vielen europäischen Regierungen erwogen wird! Neben der Dämpfung der Spekulation würde sie Mittel für den Klimaschutz, für die Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt und für die Finanzierung der jetzigen Krisenkosten bringen.

Finanzmarktlobby entmachten!

Die Vormacht wirtschaftlicher gegenüber gemeinwohlorientierten Interessen in der Politikberatung ist massiv. Daher ist eine Doppelstrategie von Nöten: Einerseits muss der Einfluss etwa der Finanzlobby transparent und begrenzt gemacht werden, etwa durch die Einführung einer verpflichtenden Lobbyregister und damit einhergehenden Regeln zu Lobbykontakten. Durch Karenzzeiten für ausscheidende PolitikerInnen und Einschränkung der inhaltlichen Zusammenarbeit von Staat und LobbyistInnen etwa in Gesetzesvorhaben oder gemeinsamen Gruppen können allzu schnelle Interessensverquickungen reduziert werden. Auf der anderen Seite sollten gemeinwohlorientierte Gruppen wie etwa Finance Watch aktiv gefördert und ExpertInnengremien ausgewogen besetzt werden.

Diese Analysen und Forderungen entstanden im Rahmen der Attac-Bankwechselkampagne und konzentrieren sich auf die Rolle der Großbanken in der Eurokrise. Für einen allgemeineren Blick siehe „Fakten zur Eurokrise“.